

# Antrag Nr. 19-O-10-0005

## SPD

---

### **Betreff:**

Mietpreisbremse für ganz Wiesbaden (SPD)

### **Antragstext:**

Auf Basis des BGB (§556d) sind die Länder ermächtigt durch Rechtsverordnung Gebiete mit angespannten Wohnungsmärkten eine sogenannte Mietpreisbremse einzurichten. Das Land Hessen hat durch Erlass von dieser Ermächtigung mit der Mietenbegrenzungsverordnung Gebrauch gemacht. Diese Verordnung läuft zum 30. Juni 2019 aus. Mittlerweile gibt es einen Entwurf zur Verlängerung der Mietpreisbremse in Hessen. Für die Landeshauptstadt Wiesbaden sieht dieser Entwurf vor, dass einzelne Stadtteile von dieser Mietpreisbremse ausgenommen werden sollen, darunter auch Delkenheim (neben Nordenstadt, Igstadt und Naurod).

Der zuständige Wiesbadener Sozial- und Wohnungsdezernent Christoph Manjura fordert zu Recht, dass es innerhalb Wiesbadens zu keiner Ungleichbehandlung einzelner Stadtteile kommen darf. Für Bürgerinnen und Bürger sollte es keinen Unterschied machen, in welchen Stadtteilen sie zu Hause sind. Es besteht die Gefahr, dass in ausgenommenen Stadtteilen, wie Delkenheim, besonders ausgeprägte Mietsteigerungen einsetzen können.

Unter Berücksichtigung der allgemeinen und bekannten Lage auf dem Wohnungsmarkt, ständig steigender Mieten, notwendiger Initiativen zur Sicherung von bezahlbarem Wohnraum und insbesondere im Interesse der zahlreichen Mieterinnen und Mieter in Delkenheim unterstützt die SPD-Delkenheim die Initiative von Stadtrat Christof Manjura. Delkenheimer Mieterinnen und Mieter dürfen nicht schlechter behandelt werden als andere Mitbürgerinnen und Mitbürger in Wiesbaden.

### **Der Ortsbeirat möge beschließen:**

Der Ortsbeirat fordert den zuständigen Dezernenten auf sich intensiv für die Umsetzung der Mietpreisbremse für das gesamte Stadtgebiet Wiesbaden und damit auch für Delkenheim einzusetzen. Da auch andere Kommunen von ähnlichen Sachverhalten betroffen sind, bietet sich ggf. eine Kooperation unter Einbeziehung des Städtetages an.

Wiesbaden, 20.05.2019